

Der Brunnerbrief

Sonderausgabe Frankreich



„Liberté, Egalité, Fraternité“ –

die Losungen der Französischen Revolution von 1789 haben von ihrer Strahlkraft wenig eingebüßt. Ihre Geltung scheint jedoch beschädigt: Ein Land erscheint nicht unmittelbar als Inkarnation von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wenn es, noch dazu mit einer sozialistischen Regierung, Straftätern die Staatsbürgerschaft entziehen will, Flüchtlinge in regelrechten Slums siechen lässt und große Bevölkerungsschichten in ghettoähnlichen Vororten zusammenpfercht. Diese Sonderausgabe des Brunnerbriefs soll deshalb einen genaueren Blick auf unseren Nachbarn „outré-rhin“ werfen und das Verständnis für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage in Frankreich schärfen. Unterstützt werde ich dabei von meinem aktuellen Praktikanten Etienne Willkomm und meinem Mitarbeiter Timo Stühm, die beide mehrere Monate in Frankreich gelebt haben und „aus erster Hand“ berichten können.

Die politische Lage in Frankreich – eine vererbte Malaise?

Unsere Nachbarn haben, anders als wir Deutschen, eine deutlich längere moderne demokratische Tradition. Als sich 1789 das Volk gegen die Misswirtschaft des Königs erhob (und ihn kurzerhand einen Kopf kürzer machte), dümpelte man in Deutschland vielerorts noch im reaktionären Spätfeudalismus dahin, während sich die Fürsten mit neuen Rokoko-Flügeln für ihre Schlösser schmückten. Zwar wurde die Revolution letztlich Opfer ihrer eigenen Radikalität, aber die Ideen waren in der Welt. Zugleich wurde eines der bedeutendsten Dokumente der Weltgeschichte geschaffen: Die *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* (Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte). Es folgten die Herrschaft Napoleons, die Restaurierung der Monarchie und zwei weitere Revolutionen. 1870 wurde die bereits III. Französische Republik errichtet. Sie war von großer Instabilität geprägt, oft gaben sich die Regierungen im Halbjahreswechsel die Klinke in die Hand. Dennoch war diese Zeit sehr fruchtbar



www.facebook.com/Brunner.SP

und große Fortschritte wurden erzielt: Sozialversicherungen wurden eingeführt, ebenso die Schulpflicht, die strikte Trennung zwischen Staat und Kirche wurde durchgesetzt. Mit der Okkupation durch die Wehrmacht 1940 endete die III. Republik. Die IV. Republik zwischen 1945 und 1958 hatte ebenfalls mit großer Instabilität und außenpolitischen Wirren zu kämpfen, so der Krieg in Indochina und die Unabhängigkeitsbestrebungen Algeriens.

Inzwischen leben die Franzosen in der V. Republik. Der von beiden politischen Lagern zumindest geschätzte General Charles de Gaulle installierte in Reaktion auf die Instabilitäten der IV. Republik ein demokratisches Herrschaftssystem, das in der Politikwissenschaft als „semi-präsidentiell“ beschrieben wird. Der Staatspräsident wird direkt gewählt und ist mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Die Parlamentsabgeordneten hingegen haben stark an Relevanz eingebüßt. Nach einer Periode starken wirtschaftlichen Wachstums bis in die 1970er Jahre, einhergehend mit relativer politischer Stabilität, begann das System zu wackeln. Ausgelöst durch die Ölkrise, die anziehende Globalisierung und hohe Arbeitslosenzahlen bekam keine der folgenden Regierungen, sozialistisch wie konservativ, die Situation vollständig unter Kontrolle. Es erscheint im Rückblick nicht zufällig, dass auch 1972 jene Partei gegründet wurde, die heute das Schreckgespenst der französischen Politik ist.

Die langen Schatten des Front National

Der 16. Januar 2011 erscheint im Rückblick immer mehr als ein einschneidendes Datum in der Geschichte des Front National (FN). Der Parteigründer Jean-Marie Le Pen gab damals den Parteivorsitz an seine Tochter Marine ab. Was diese seitdem betreibt wird in Frankreich als „dédiabolisation“ (wörtlich: Entteufelung) beschrieben und folgt einem inzwischen beliebten Muster rechtspopulistischer Parteien in Europa: Das Auftreten und die Sprache ändern sich, die Inhalte und Absichten nicht. So erscheint es folgerichtig, dass Marine im August 2015 ihren Vater wegen „schwerer Verfehlun-

gen“ aus der Partei ausschloss – und gleichzeitig Florian Philippot, einen bekennenden Homosexuellen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei ernannte.

Diese Strategie scheint zu fruchten. War der FN bis dahin für viele Franzosen nur eine Protestpartei mit wenig politischem Einfluss, änderte sich dies ab 2011. Der Front National ist gesellschaftsfähig geworden und stellt für viele Franzosen eine wählbare Alternative da. Besonders die alten Industriezentren im Norden des Landes entwickeln sich zu FN-Hochburgen (Stichwort Arbeiterklasse!). Bei den Europawahlen 2014 wurde der FN stärkste Partei, auch bei den Regionalwahlen vor wenigen Monaten hatte der FN die meisten Stimmen. Selbst in der elitären Pariser Kaderschmiede „Sciences Po“ hat der FN inzwischen einen Ableger unter der Studierendenschaft. Dabei sind die Forderungen der Partei nicht weniger radikal als noch unter Jean-Marie Le Pen. Sie ist immer noch stark antieuropäisch, antiislamisch, gegen Eliten und die sogenannten etablierten Parteien. Sie verfolgen politische Ideen, die unsere demokratischen Grundwerte infrage stellen und die Zivilgesellschaft spalten.

Klingt bekannt? Die Rede könnte auch von der AfD sein. Auch sie präsentiert sich gerne als bürgerliche Partei, die sich gegen das Establishment positioniert, für mehr nationalstaatliche Kompetenzen kämpft, eine strenge Migrationspolitik fordert und besonders die Enttäuschten in dieser Gesellschaft anzieht.

Hier wird es nun brandgefährlich: Das französische Beispiel sollte uns Warnung genug sein, wie mit rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien (nicht) umzugehen ist. In Frankreich wurde jahrzehntelang, sowohl von der politischen Linken, als auch der Rechten versucht, das Problem entweder totzuschweigen (auch von den Medien), oder deren Positionen zu übernehmen. Letzterer Punkt wird von niemandem so exemplarisch verkörpert wie von Präsident Nicolas Sarkozy, der seinerzeit die Banlieue-Vororte „mit dem Hochdruckreiniger säubern“ wollte. Den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung müsse man sich schließlich annehmen. Klingt auch bekannt? Horst Seehofer, Julia Klöckner und Co. sollten sich bewusst



sein, welche langfristigen Folgen ihre populistischen Manöver mit sich bringen. Eine rechts-populistische Partei rechts zu überholen ist noch nie gut gegangen. Denn im Zweifel wählen die Menschen das Original. Was die Union, genauso wie unsere Partei als auch Grüne und Linke machen sollten, ist die AfD gnadenlos mit Fakten zu konfrontieren und ihre Lügengebilde enthüllen.

Dass der Front National nun trotz seiner Erfolge nicht zahlreiche der französischen Regionen regiert und wahrscheinlich auch 2017 nicht das Staatsoberhaupt stellen wird, liegt am französischen Wahlsystem mit zwei „Wahlrunden“, die de facto extreme Parteien benachteiligen, weil sich rechte und linke Wählergruppen gemeinsamen gegen diese stellen können.

Obacht: Diesen Mechanismus haben wir in Deutschland nicht.

Das deutsch-französische Tandem unter Druck

Die Aussöhnung der ehemaligen „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg ist wahrscheinlich eine der eindrucksvollsten Erfolge in der Geschichte der Moderne. [Charles de Gaulle](#) und Konrad Adenauer ist es innerhalb von zwei Jahrzehnten gelungen, beide Länder politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell aufs Engste miteinander zu verflechten: die EU gäbe es nicht ohne die Zusammenarbeit beider Länder, genauso wenig wie das Deutsch-Französische Jugendwerk oder den gemeinsamen Fernsehsen-

der Arte. Verschiedene deutsch-französische „Paare“ trieben die Integration fort: Den Grundstein für eine gemeinsame europäische Währung legten beispielsweise bereits Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing.



Das aktuelle „Couple“ Hollande-Merkel durchschritt 2014 zunächst einen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen, das Verhältnis wurde als „miserabel wie nie zuvor“ beschrieben. Deutschland wirkte aus französischer Perspektive arrogant, versteift auf die Austeritätspolitik und das wirtschaftliche Defizit der Franzosen. Erst die Ukraine-Krise und die gemeinsamen Vermittlungsversuche, die letztlich zur Minsker Vereinbarung führten, verbesserten das Verhältnis wieder. Auch die schnellen Reaktionen der Bundesregierung nach den Anschlägen vom Januar und November 2015 in Paris stärkten das gegenseitige Vertrauen. Zwar wird die wiedergewonnene Harmonie aktuell von den unterschiedlichen Vorstellungen in der Flüchtlingsfrage belastet, der Wille zur gemeinsamen Bewältigung der anstehenden Probleme ist aber dennoch spürbar.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meiner Wahlkreisbüros in Neu-Ulm und Kempten stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

